

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

10.10.1932 (No. 237)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsteil:
Chefredakteur
G. Krenn,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassentabell gilt und vervielfacht werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beiziehung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Begehung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsleiter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Staatsgerichtshof hat das Wort

Die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen

Am heutigen Montagvormittag begann in Leipzig vor dem Staatsgerichtshof für das Reich der Prozeß über die vom Freistaat Preußen, von den preußischen Staatsministern, von der Zentrumspartei und der Sozialdemokratischen Partei des Preußischen Landtags, ferner von den Freistaaten Bayern und Baden wegen der Einsetzung von Reichskommissaren auf Grund des Artikel 48 des Reichsvertrages erhobenen Klagen. Der Tatbestand ist kurz folgender:

Mit Verordnung vom 30. Juli 1932 hat der Reichspräsident den Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt und ermächtigt, die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben, selbst die Dienstgeschäfte der preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reichs mit der Führung der preußischen Ministerien zu betrauen. Von dieser Ermächtigung hat der Reichskanzler alsbald Gebrauch gemacht.

Hiergegen hat sofort die preußische Regierung Klage zum Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich erhoben, wobei sie gleichzeitig den Erlass einer einstweiligen Verfügung beantragte, durch welche den preußischen Ministern ihre Ministerienverhältnisse gewahrt, die Vertretung Preußens im Reichsrat den bisherigen Beamten vorbehalten und die Ernennung und Absetzung von Beamten durch den Reichskommissar verboten werden sollte. Der Staatsgerichtshof hat den Erlass dieser einstweiligen Verfügung mit Entscheidung vom 25. Juli 1932 abgelehnt, um nicht bei der Würdigung dieser Anträge der Entscheidung in der Hauptsache vorzugreifen. Neben dem preußischen Staatsministerium haben auch noch die einzelnen preußischen Minister und ferner die Zentrumspartei und die Sozialdemokratische Partei des Preußischen Landtags Klage zum Staatsgerichtshof erhoben.

Unmittelbar nach dem Erlass der Verordnung vom 20. Juli 1932 haben auch die Länder Bayern und Baden hiergegen Widerspruch erhoben und Klage zum Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich gestellt mit dem Antrag auf Feststellung, daß das Reich bei einem Vorgehen nach Artikel 48 I und II des Reichsvertrages die Landesstaatsgewalt nur insoweit an sich ziehen dürfe, als dies mit dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches vereinbar und zur Erfüllung der angeblich verlebten Pflichten des Landes bzw. zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendig sei. Ferner ist in den beiden Klagen Bayerns und Badens noch festgestellt beantragt, daß es insbesondere mit der Art. 48 nicht vereinbar sei, wenn

- Mitglieder von Landesregierungen ihres Amtes für verlustig erklärt oder neue Mitglieder von Landesregierungen ernannt werden,
 - die Vertretung eines Landes gegenüber dem Reich, namentlich das Recht der Landesregierung zur Ernennung und Inkstruktion der Reichsratsbevollmächtigten aufgehoben, beschränkt oder beeinträchtigt wird,
 - Landesbeamte ernannt, befördert, in den Ruhestand versetzt oder entlassen werden,
 - Anleihen für Rechnung des Landes aufgenommen werden.
- Die sämtlichen Klagen sind vom Staatsgerichtshof aus Zweckmäßigkeitsgründen zu gemeinsamer Verhandlung und Entscheidung verbunden worden.

Es ist deshalb besonders hervorzuheben, daß die bayerischen und badischen Anträge nicht die Nachprüfung des Vorgehens des Reichs gegen Preußen bezwecken, daß Bayern und Baden also nicht zum Zweck der Unterwerfung Preußens an den Staatsgerichtshof gegangen sind, wo sie rechtlich auch gar nicht befragt gewesen wären, sondern, daß sie zur Sicherung ihrer eigenen Landesrechte unabhängig von dem preußischen Streitfall selbständig das für Bayern und Baden bestehende eigene rechtliche Interesse an der Feststellung der absoluten Grenzen geltend machen, die für das Vorgehen des Reichs auf Grund des Artikel 48 gegenüber den Ländern aus der Art. 48 selbst zugunsten der Länder sich ergeben.

Das Problem der Arbeitsbeschaffung

Der Rückgang der Arbeitslosenzahl

Zu den am Freitag veröffentlichten Zahlen über die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß die Zählungen Ende September dieses Jahres ein Sinken um 123 000 ergaben, während zur gleichen Zeit des vergangenen Jahres die Arbeitslosenziffer um rund 140 000 zugenommen hatte.

Von zuständiger Seite wird darauf hingewiesen, daß die Bemühungen der Reichsregierung auf einen Ausbau der Arbeitsmöglichkeiten gerichtet sind. Dabei müssen selbstverständlich unter allen Umständen die beiden Grundrichtlinien gewahrt werden: Sicherheit der Währung und Sicherheit des Kredit. Unter diesen beiden Gesichtspunkten wird gegenwärtig auch der Plan des geschäftsführenden Präsidenten des Landgemeindeförderungsausschusses, Dr. Verke, geprüft, bei dem noch nicht alle Schwierigkeiten voll ausgemerzt werden konnten.

Eine Gemeindevahl in Ostpreußen. Bei den Gemeindevahlen in Gerbuden erhielten die SPD. 6 (Gemeindevahl 1929 (8), NSDAP. 4 (1), Bürgerliche Einheitsliste 4 (7), Kommunisten 1 (0) und Christlichsozialisten 1 (0) Mandate. Gegenüber der letzten Reichstagswahl ist ein Stimmenrückgang aller Parteien, insbesondere aber der Nationalsozialisten, zu verzeichnen.

Letzte Nachrichten

Der Prozeß gegen die Reichsregierung

Beginn heute vormittag

WZB, Leipzig, 10. Okt. (Tel.) Schon längere Zeit vor dem am 11. Uhr angeetzten Verhandlungstermin im Prozeß gegen das Reich waren die Zuhörerplätze des Hauptsaales des Reichsgerichts völlig besetzt. Unter dem Auditorium bemerkte man führende Juristen und Staatsrechtler aus allen Teilen des Reichs.

Die Prozeßparteien selbst sind durch die regelrechten Delegationen vertreten. Dabei hat es der Zufall gefügt, daß die Vertretung der preußischen Staatsregierung in der umfriebenen Anklagebank Platz gefunden hat, während die Vertretung des Reichs auf der gegenüberliegenden Seite ihre Plätze einnimmt.

Um 11 Uhr betrat Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke den Verhandlungssaal. Dem Richterkollegium gehören außer dem Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke als Vorsitzender noch an als Beisitzer: Die Reichsgerichtsräte Schmidt (Berichterstatter), Friebe, Dr. Schmalz, sowie die Oberverwaltungsgerichtsräte Dr. v. Müller, Berlin, Dr. Gumbel, München, und Dr. Striegler, Dresden. Die Vertretung der preußischen Staatsregierung führt bekanntlich Ministerialdirektor Dr. Brecht.

Ehe die eigentliche Verhandlung beginnt, stellt Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke fest, daß der Reichskanzler als preußischer Reichskommissar nicht besonders vertreten ist. Der Vertreter des Reichs, Ministerialdirektor Dr. Gottscheiner, verweist darauf, daß diese besondere Vertretung sich erübrigt, wie das Reich bei seinen Schriftsätzen ausgeführt habe. Auch der preußische Vertreter, Dr. Brecht, beantragt, weiter zu verhandeln. Darauf hielt der Berichterstatter des Reichsgerichtshofes ein längeres Referat aus den verschiedenen Schriftsätzen der Prozeßparteien, das die Ursachen des Rechtsstreites darlegt, und die Auffassungen der Prozeßparteien widerspiegelt.

Gefühligung der Jugend

Beginn der Lehrgänge des Reichskuratoriums

WZB, Berlin, 10. Okt. (Tel.) Demnächst werden die ersten regelmäßigen Lehrgänge des Reichskuratoriums für Jugendberufshilfe beginnen. In drei wöchentlichen Kurfen sollen zunächst Hilfskräfte für den Geländesport herangebildet werden. Hierzu können von allen Verbänden, die sich zur Mitarbeit bereit erklärt haben, Teilnehmer vorgeschlagen werden. Die Kosten der Lehrkurse auf den Geländesportschulen trägt das Reichskuratorium. Unterkunft und Verpflegung sind für die Teilnehmer frei. Ebenso wird Bekleidung und Ausrüstung den Lehrgangsteilnehmern vom Reichskuratorium gestellt. Jede parteipolitische Betätigung in den Lehrgängen ist verboten.

Mit den Landesregierungen hat eine Besprechung über die Aufgaben des Reichskuratoriums für Jugendberufshilfe stattgefunden, und die Zustimmung sämtlicher Landesregierungen ergeben. Das Reichskuratorium, das nicht die gesamte Arbeit zentral leiten kann, wird zwölf Zweigstellen im Reichsgebiet einrichten, welche die Aufgaben haben, sowohl mit den Landesregierungen und Landesbehörden wie mit den Untergliederungen der Verbände in Verbindung zu treten. Sie sollen ferner den Unterricht an den Geländesportschulen ihres Gebietes überwachen.

Um die Abrüstung

Deutsche Antwort an Macdonald

Deutschland hat auf die englische Anregung auf direkte Verhandlungen nun in einer Note geantwortet, die jedoch nicht im Wortlaut veröffentlicht wurde, und zwar mit Rücksicht darauf, daß auch der Text der englischen Einladung nicht publiziert wurde. Die deutsche Regierung bringt in der Note ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck, mit den Mächten in „einen offenen Meinungsaustausch über eine zweckmäßige und billige Lösung der Abrüstungsfrage“ einzutreten. Sie betrachtet als Ausgangspunkt die Schlussfolgerung der Lausanner Reparationskonferenz, in der die Mächte festgestellt haben, daß außer den bereits in Lausanne behandelten Problemen auch andere Fragen geregelt werden müßten, „in dem Bestreben, eine Neuordnung zu finden, die die Herstellung und Förderung des Vertrauens unter den Völkern in dem gegenseitigen Geiste des Ausgleichs, der Zusammenarbeit und der Gerechtigkeit ermöglichen würde.“ Nach Auffassung der Regierung soll dieses Bestreben den Zeitgebenden auch für die von England vorgeschlagene Ausdrucksform abgeben.

Das deutsche Eingehen auf die englischen Anregungen, den deutsch-französischen Konflikt durch direkte Verhandlungen zwischen den vier hauptbeteiligten Mächten aus der Welt zu schaffen, hat den Ton der Londoner Sonntagspresse in einem Deutschland günstigen Sinne merklich beeinflusst. — „Oberber“ wendet sich gegen einen wieder aufgetauchten französischen Abrüstungsplan, der alt und eine Vermischung des Plans Labiens mit dem Genfer Protokoll sei, und erklärt, daß man auf solchem Wege keinen Fortschritt erwarten könne.

Zum Arbeitsbeschaffungsprogramm hat der Reichsberufshilfeminister erneut darauf hingewiesen, daß es sich bei den Bauausführungen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms um zusätzliche Arbeiten handelt.

Reueinstellungen in Bayern. Vom 15. September bis 8. Oktober sind in Bayern insgesamt 4774 Arbeiter und 45 Anstellte neu einstellt worden.

Schafft neue Kaufkraft!

Von Werner Sombart

Wenn ein Mann, wie Sombart, zu diesem Thema das Wort ergreift, darf er beanspruchen, allenthalben mit Ernst und Aufmerksamkeit gehört zu werden, auch von denen, die anderer Meinung sind, als er. Red.

Zu der Beurteilung der Weltkrise und ihrer Heilmittel sondern sich immer deutlicher zwei Ansichten voneinander ab. Die einen sind der Meinung, daß die Krankheit im wesentlichen konstitutionell ist und durch die Natur des Kranken selbst geheilt werden müsse und könne. Er wird sich von selbst erholen, und es gilt vor allem, in ihm das Vertrauen auf Besserung zu wecken und wach zu erhalten. Nach Coué'scher Methode wird man ihn immer selbst wiederholen lassen müssen: „Es wird schon wieder besser“; höchstens kann man ihm von Zeit zu Zeit eine Kampferinjektion machen: das ist im wesentlichen der Standpunkt, den die heutige (Oktober 1932) Regierung und mit ihr die Großbanken, der Großhandel und einige Konzernkapitalisten vertreten. Nach der anderen Ansicht ist aus rein konstitutionellen Kräften des Kranken auf eine Heilung nicht zu rechnen, ist vielmehr ein energischer operativer Eingriff notwendig. Die einen wollen die Wirtschaft nur „anfurbeln“, wie ein Automobil, das unversehrt ist und dem nur die Kraft zur Fortbewegung augenblicklich ausgegangen ist. Die anderen aber sind der Überzeugung, daß die Maschine defekt geworden, und daß ein Umbau vonnöten ist.

Nach der einen Auffassung handelt es sich bei der Weltkrise, genauer bei der deutschen Krise, um einen „Konjunkturverlauf“ nach der Art früherer Verläufe, bei der auf ein „Wellental“ mit innerer Notwendigkeit ein „Wellenberg“ folgen muß. Dagegen liegt nach der anderen Ansicht ein historisch einzigartiger Fall von Wirtschaftskrisis vor, über dessen Verlauf die alten Konjunkturtheorien nichts auszusagen vermögen.

Zweifelloso ist diese zweite Auffassung die richtige. Auch wenn die vielen Hemmungen, die heute die Warenzirkulation behindern, weggedacht werden — und daß sie mit der Zeit verschwinden werden, dürfen wir als sicher annehmen —, werden doch eine Anzahl von Umständen es unmöglich machen, daß die Wirtschaft in derselben Verfassung wie vor dem Kriege sich wieder einrichtet. Das Neue, was sich seitdem herausgebildet hat, ist vor allem die verringerte Aufnahmefähigkeit des auswärtigen Marktes für die Industrieerzeugnisse des sogenannten Industrieuropas, in dem Deutschland an erster Stelle steht. Das heißt mit anderen Worten: Zahlreiche europäische Länder, nicht zuletzt Deutschland, sind „überindustrialisiert“.

Ist diese Auffassung richtig — und die Statistik erweist es —, dann hat es offenbar keinen Sinn, die Krise damit beheben zu wollen, daß man ratlos der Industrie die Mittel zur Verfügung stellt, um ihre Produktion noch aufzunehmen oder ausdehnen zu können. Jede Maßnahme hat vielmehr darauf Rücksicht zu nehmen, ob denn für die vermehrte Produktion auch ein Markt vorhanden ist. Wenn das Mittel der Steuerüberweisungsscheine die beabsichtigte Wirkung (nämlich die Industriebetriebe zur Ausweitung der Produktion anzutreiben) hat — was keineswegs sicher ist —, so würde das doch keine nachhaltige Gefundung des kranken Volkswirtschaftskörpers herbeiführen, weil der vermehrte Produktion kein gesicherter Absatz gegenüberstehen würde.

Jede planmäßige, das heißt sinnvolle Krisenpolitik wird vielmehr davon ausgehen haben, zunächst für einen sicheren Markt Sorge zu tragen. Ein solcher kann aber nur im Inland geschaffen werden, und zwar an einer einzigen Stelle, wo eine dauernde Vermehrung der Gütererzeugung gleichzeitig einen Markt schafft, und das ist die Landwirtschaft.

Es gibt zahlreiche Aufgaben im Bereiche der deutschen Landwirtschaft, die der Lösung harren: Siedlung, Bodenmelioration, Verbesserung des landwirtschaftlichen Gemeinwohlens, Nationalisierung namentlich der Bauernwirtschaft u. a. Die Zwangsnahme solcher Arbeiten würde aber zunächst einmal Hunderttausenden, wenn nicht Millionen von Arbeitslosen Beschäftigung gewähren. Durch die Aufträge an das Gewerbe, die sich notwendig bei der Ausführung der gedachten Arbeiten ergeben, würde aber auch die gewerbliche Produktion neu belebt werden, und zwar auf lange Sicht, nicht nur vorübergehend. Damit würde wiederum der Markt für

die vermehrten landwirtschaftlichen Produkte geschaffen usw. Dem Ganzen lägen ein Plan und eine schöpferische Idee zugrunde.

Um eine nachhaltig günstige Wirkung auf die Volkswirtschaft mit den gedachten Maßnahmen herbeizuführen, bedarf es natürlich großer Mittel. Die Summe, die von vornherein zur Verfügung zu stellen wäre, schätze ich auf 3 bis 4 Milliarden RM. Über diesen Betrag müßte das Reich verfügen, da nur von ihm der große Reformplan durchgeführt werden könnte. Man kann den Wirtschaftsaufbau der deutschen Volkswirtschaft nicht der Zufallsinitiative einer Handvoll mehr oder weniger intelligenter Einzelpersonen überlassen. Daß auch innerhalb des Gesamtplanes für die „freie Initiative“ der Privatwirtschaft genügend Spielraum bleibt, ist ersichtlich. Aber erst muß der Boden geschaffen werden, auf dem die Privatwirtschaften sich sinnvoll betätigen können. Und dazu ist nur der Staat imstande.

Daß die benötigte Summe also nicht auf dem Wege der Ausgabe von Steuererrechnungsscheinen aufgebracht werden kann, leuchtet ein. Auch durch Steuern oder Anleihen kann sie nicht beschafft werden. Denn auf diesem Wege kann man nur eine Kaufkraftverschiebung bewirken: jeder Steuerbetrag, womit ein Arbeitslofer beschäftigt wird, nimmt einem beschäftigten Arbeiter sein Brot! Worauf es vielmehr ankommt, ist die Schaffung neuer, zusätzlicher Kaufkraft, durch die allein bisher das Wirtschaftsleben vorwärts getrieben ist. Eine solche kann aber in der gegenwärtigen Lage nur durch eine Krediterschöpfung aus Staatsinitiative, das heißt durch die Vermittlung der Reichsbank erfolgen. Unser Währungssystem ist in der Weise abzuändern, daß diese den erforderlichen Betrag als zusätzliche Kaufkraft zinslos dem Wirtschaftsleben bzw. zunächst dem Staate zur Verfügung stellt.

Die Gefahr einer Inflation halte ich nicht für vorhanden. Dazu ist der in Frage kommende Betrag, gemessen an dem Gesamtvolumen unserer Volkswirtschaft — etwa 45 Milliarden RM. Umsatz — zu gering. Auch ist eine Inflation größeren Ausmaßes dann nicht zu befürchten, wenn die der Volkswirtschaft neu hinzugefügte Kaufkraft im wesentlichen zu praktischen Zwecken verwandt wird, wie es hier der Fall sein würde. Eine Preissteigerung in vernünftigen Grenzen wäre aber eher ein Segen als ein Fluch.

Die Möglichkeiten, uns aus der Not herauszuhelfen, sind also vorhanden. Es kommt nur darauf an, daß eine zielbewußte Regierung sich ihrer bedient.

(Aus „Reclam-Universum“)

Parteien und Auswärtiger Ausschuss

BRN. Berlin, 10. Okt. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, wird sich auch das Zentrum an den Beratungen des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags am Dienstag nicht beteiligen. Es wird lediglich den Abg. Dr. Well als Beobachter in den Ausschuss entsenden. Die Sozialdemokraten werden sich erst am Dienstagvormittag darüber schlüssig werden, ob eine Teilnahme an den Beratungen einen Zweck hat angesichts der Tatsache, daß die Regierung nicht im Ausschuss erscheint. Da die Deutschnationalen schon mitgeteilt haben, daß auch sie an der Ausschusssitzung nicht teilnehmen werden, ist es möglich, daß Nationalsozialisten und Kommunisten allein bleiben werden. Daß es unter diesen Umständen zu einer sachlichen Beratung überhaupt kommen kann, ist sehr unwahrscheinlich.

Wahlkündigungen. Auf einer Kundgebung der NSDAP in Braunschweig setzte sich Reichstagspräsident Goering in einer Rede mit den Deutschnationalen auseinander und erklärte u. a., die Garzburger Front habe zerbrechen müssen, weil sie auf Lug und Trug aufgebaut gewesen sei. — Grzesinski hielt am Sonntag in Mainz bei einer Wahlkündigungsrede der Eisernen Front eine Rede, in der er gegen die Nationalsozialisten und Kommunisten polemisierte und weiter erklärte, daß das deutsche Volk nur erprießlich regiert werden könne, wenn alle seine Teile an der Regierung beteiligt seien.

Eigene Listen der Landvolkpartei. Der Parteiausschuss des Deutschen Landvolkes hat beschlossen, daß die Landvolkpartei bei den bevorstehenden Reichstagswahlen mit eigenen Listen vorgeht. Verhandlungen zum Zusammengehen mit anderen Gruppen stehen vor dem Abschluß.

Badisches Landes-Theater

„Ballett-Abend“

Man merkt's diesem Ballett-Abend an, daß er vorzeitiger als ursprünglich vorgesehen, eine Rade im Repertoire füllen mußte. Daher gibt er noch keinen ganz gültigen Aufschluß über das, was der neue Choreograph Ferry Dvorak mit den ihm unterstellten zwei Dutzend Tanzweibern nun eigentlich vorhat. Trotzdem: Es scheint schon mancherlei gearbeitet worden zu sein, man hat übertrieben verrenkte Posen, wie sie eine Zeitlang so Mode waren, zugunsten einer mehr angeborenen Tanzlust wieder abgelegt, man erkennt in vielen Figuren und Schritten eine deutliche Rückkehr zur historisch-straffen Bewegungskunst. Dagegen wäre bestimmt nichts einzuwenden, solange nicht auch etliche fatale Requisiten, die Tänzerinnen nur als Marionettenpuppen gelten lassen und sich allein am Drill ihrer zierlichen Was ergötzen wollten, erneut mitaufstauen. Aber das ist (wie gesagt) der einzige Punkt, worüber man nach dieser im Ganzen recht geläuteten Anfurderung des tänzerischen Bewegungsinnes unsrer Balletteuften doch nicht klar sieht; gleichwohl bleibt zu hoffen, daß der jetzt verpflichtete Tanzlehrer zumindest das positive Gute des modernen Tanzstiles, seine Erziehung zu einer möglichst lebendigen Körperspannung und -führung, weiterpflegen und auch die selbständige Produktivität seiner Schülerinnen im Sinne einer zeitgemäßen Tanzgruppe von künstlerischem Niveau fördern wird.

Hauptinhalt des Abends bildeten zwei Werke, die zwar einer vergangenen Tanzperiode angehören, jedoch noch heute zu wirken vermögen. Bei der Tanzpantomime „Scheherazade“ des Russen Rimsky-Korsakoff ist's freilich in erster Linie die Musik, die stark fesselt, zumal wenn eine schluchzende Sologeige — merkwürdigerweise von keinem unsrer Konzertmeister, sondern von Herrn Bergner, sehr schön gespielt — das morgenländische Kolorit nachzeichnet. Die Handlung bleibt trotz ihrer von keinem Geringeren als Diaghilew stammenden

Vom Freiwilligen Arbeitsdienst

200 000 Teilnehmer

Bei der Besichtigung der Einrichtungen des Freiwilligen Arbeitsdienstes des Stahlwerks in und bei Halle erklärte Reichsarbeitsminister Schäffer u. a., die Regierung sei sich klar darüber, daß der Freiwillige Arbeitsdienst, Notstandsarbeiten usw. nur Hilfsmittel seien. Die Hauptsache bleibe die Anregung von Unternehmenseite. Die eine oder andere der verschiedenen Regierungsmassnahmen hätten wohl nicht gleich den erhofften Erfolg gehabt, es lasse sich aber erkennen, daß das Programm erfolgreich sei. Er habe das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft, daß sie nicht versage und verzage.

Aus Mitteilungen des Präsidenten Spruy ging hervor, daß im Freiwilligen Arbeitsdienst jetzt schon die Zahl von 200 000 überschritten sei. Vor einem Jahre waren es 300 Arbeitswillige in Deutschland, im Juli d. J. 40 000. Die Zahl 200 000 dürfte die Jahresdurchschnittszahl für den Freiwilligen Arbeitsdienst bleiben. Die Beschäftigung für das Jahr bedeutet einen Aufwand von 120 Millionen aus Reichsmitteln. Damit ist aber der Freiwillige Arbeitsdienst nur zu drei Fünftel finanziert. Die zwei Fünftel Restkosten von 80 Millionen sind von den Trägern der Arbeiten aufzubringen. Ein Arbeitsdienstwilliger kostet also im Jahre rund 1000 RM. Ein Jahrgang Jugendlicher im Alter von 18 bis 25 Jahren umfaßt nach Abzug von 5 bis 10 Proz. Untauglicher etwa 500 000 Mann; seine Beschäftigung im Freiwilligen Arbeitsdienst würde einen jährlichen Aufwand von 500 Millionen bedeuten.

Augenblicklich sind an Arbeiten in Ausführung: An Bodenverbesserungen und Wasserregulierungen 1250 Maßnahmen, an Verkehrsverbesserungen, besonders Verbesserung ländlicher Verkehrs- und Forstwege, 1050 Arbeiten, Wald- und Forstarbeiten über 500, Siedlungen etwa 300.

Der Sparauschuss der Länder

Der vom Reich und Ländern eingesetzte Sparauschuss, der sich mit den Möglichkeiten von Einsparungen zur Verbesserung der Haushaltslage beschäftigen sollte, hat unter dem Vorsitz von Ministerialdirektor Olsger vom Reichsfinanzministerium auch in der letzten Woche mehrfach getagt. Seine Beratungen sind jetzt soweit gediehen, daß seine Vorschläge nun den Länderregierungen zugeleitet werden können. Die Länderregierungen werden nun dazu Stellung nehmen und dann wird der Ausschuss wieder zusammentreten, um seine endgültigen Vorschläge zu formulieren.

Der nationalsozialistische Mecklenburg-Schweriner Ministerpräsident Granzow hat in diesem Zusammenhang den Finanzministern der Länder den Vorschlag unterbreitet, am 17. Oktober in Berlin zu einer Besprechung zusammenzutreten, um über Sparmaßnahmen zu beraten, die die Haushalts- und Kassenlage der Länder dringend erfordere.

Württembergischer Finanzminister

legt sein Landtagsmandat nieder

Der württembergische Finanzminister Dr. Dehlinger hat sein Mandat als deutschnationaler Abgeordneter des Württembergischen Landtages niedergelegt. In einem Schreiben an den Landtagspräsidenten weist Dr. Dehlinger darauf hin, daß die Finanzlage des Reiches sich in den letzten Jahren immer mehr verschlechtert habe, und wegen Ausbleibens von Reichshilfe die Rechnung des württembergischen Staatshaushaltes immer größere Schwierigkeiten bereite. Als verantwortlicher geschäftsführender Leiter der württembergischen Finanzpolitik habe er die Belange des Staates, des ganzen Volkes und der Gesamtheit der Steuerzahler zu vertreten. Bei Erfüllung dieser Pflicht könnten sich für ihn Verbindlichkeiten ergeben, so daß er sich veranlasst sehe, sich von den parlamentarischen Bindungen freizumachen.

Wie Dr. Dehlinger dem Vertreter der „Südd. Ztg.“ gegenüber betonte, bedeutet die Niederlegung des Mandats keine Distanzierung oder Trennung von der Deutschnationalen Volkspartei.

Keine Aufhebung der Kürzung der Sozial- und Invalidenrenten. Zu der Behauptung, daß eine Aufhebung der Kürzungen der Sozial- und Invalidenrenten kommen werde, wird von zuständiger Seite erklärt, angesichts der durch eine derartige Aufhebung bedingten, sehr erheblichen Mehrbelastung des Staats, könne keine Rede davon sein. Lediglich zutreffend ist das, was der Reichsarbeitsminister in seiner Unterhaltung mit den Vertretern der deutschnationalen Reichstagsfraktion erklärt habe. Die Regierung werde alles zur Winderung der Arbeitslosigkeit tun und nach Möglichkeit die Unterstützungsätze im kommenden Winter erhöhen.

Kombinationen um Dr. Schacht. In der Presse ist davon die Rede, daß der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht zum Reichskommissar für das Problem der Auslandsverschuldung aussersehen sei. Von unterrichteter Seite wird hierzu festgestellt, daß es sich um unsubstantiierte Kombinationen handelt.

Unterlage dagegen arg oberflächlich, auch wo man ihr auf allerlei Kreuz- und Querwegen eine gewisse Hintergründigkeit à la „Jofeslegende“ zu geben versucht. Immerhin sind aber einige tänzerisch aparte Aufgaben zu lösen; vor allem Toni Widmann (Kabotini), Elfriede Nuhmann (Scheherazade) und Ferry Dvorak (Schlave) ließen sich keinen Anknüpfungspunkt, die übrigens der arabisch-perjischen Legende von der Prinzessin, die sich als Märchenprinzessin durch 1001 Nacht das Leben rettet, völlig fremde Melodien geistlich zu illustrieren, entgehen. Dieser prägte sich zweifellos auch dem Blick ein, was später dann bei den „Kolombier Tänzen“ aus Borobins Oper „Fürst Igor“ gezeigt wurde. Das war kein böses Getrippel mehr, da spürte man den harten Hammer der Rhythmen fast in jedem Eingelangen. Leistungen von solch unflöbiger, mühsalbestreiter Gestaltungskraft möchte man öfters sehen, sie sind wertvoller jedenfalls, als die netten Variationen zu alten Themen und Melodien, die der bunte Mittelteil noch brachte. Hier gab es natürlich den lautesten Beifall, und das Publikum kam mehrfach zu seinen verlangten Wiederholungen. Für eine präzise Ausführung der Orchesterbegleitung sorgte Hans Ebbede; namentlich bei Borobin gelang es ihm aber darüber hinaus noch, das Temperament der Tänzer und Tänzerinnen suggestiv aufzupeitschen.

Das Bauhaus überfiedelt nach Berlin. Das Dessauer Bauhaus, das am 1. Oktober endgültig seine Pforten geschlossen hat, wird nach Berlin überfiedeln und in der Reichshauptstadt soll das Bauhaus als unabhängige Anstalt weitergeführt werden. Der Unterricht in Berlin soll in sämtlichen Abteilungen schon am 18. Oktober aufgenommen werden.

Der Dramaturg des Deutschen Theaters gestorben. In Berlin ist der Dramaturg des Deutschen Theaters und langjährige Mitarbeiter Max Reinhardt's, Arthur Kahane, einem Herzleiden erlegen. Kahane war 81 Jahre alt geworden.

Herriot gegen Autonomie im Elsass

Eine Rede bei der Einweihungsfeier in Rembs

Der französische Ministerpräsident Herriot, der den Präsidenten der Republik zu den Einweihungsfeierlichkeiten des Rembs-Kanals nach Rembs begleitete, hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, in der er einleitend auf die Bedeutung dieses Kanals für das Wirtschaftsleben des Elsass hinwies.

Von der Behauptung ausgehend, daß das Elsass ein „vollkommen französisches Land“ wäre, erklärte er, daß Frankreich nichts vernachlässigen werde, was zur Verteidigung des Elsass und zur Stärkung seines Wohlstandes beitragen könne. Die französische Regierung habe am 7. Juni ihre Ansichten über das Elsass zum Ausdruck gebracht. Wenn die Gesetze in den drei elsass-lothringischen Departements besondere Rechte schufen, so seien sie auch in den Punkten anzuwenden, die sich auf patriotische Pflichten beziehen. Die französischen Ostprovinzen seien im Laufe der Geschichte von Frankreich niemals als unterschiedlich von den anderen Provinzen angesehen worden. Niemand sei mit dem übrigen Vaterland durch ein bundesstaatliches Band verbunden gewesen. Das heiße, daß sie französisch seien und es bleiben würden. Die Regierung werde niemals dulden, daß der Einheit und Unteilbarkeit der Republik in Frankreich auch nur im geringsten Abbruch getan werde.

Frankreich wolle nichts anderes, als mit seinen Nachbarn wie mit allen übrigen Völkern überhaupt in Frieden leben. Es wäre Frankreich angenehm, und dies sei auch in einer kürzlichen Note betont worden —, seine Bemühungen um Arbeit und Zivilisation mit denen eines großen arbeitenden Volkes zu verbinden, das ebenso wie das französische in der Wiederherstellung der europäischen und Weltwirtschaft Interesse habe. Frankreich wolle Entente, aber aufrichtige und loyale; eine andere Richtung kenne keine Politik nicht.

Der Präsident der Republik hielt gleichfalls eine Ansprache, in der er erklärte, der Rhein bilde für Ostfrankreich, Westdeutschland und die Schweiz ein machtvolles Instrument der Entwicklung und des Fortschritts. Zum Schluß erhob der Präsident der Republik sein Glas auf ein Elsass, dessen doppelte Aufgabe sei, an der Schwelle des Vaterlandes Wache zu halten und an den Ufern des Rheins einen Brennpunkt französischer Zivilisation zu bilden.

Die weitere Reise führte den Präsidenten und Herriot nach Mühlhausen, wo ein Empfang im Rathaus stattfand. Herriot betonte in einer Ansprache Frankreichs Willen, für den Frieden zu arbeiten. Als Beweis für die Förderung der Beziehungen unter den Völkern müsse auch der Kanal bei Rembs gelten. Ein solches an der Grenze errichtetes Werk müsse aller Welt den Friedenswillen Frankreichs vor Augen führen. Auf dem Hartmannsweilerkopf fand seine Gedächtnisfeier statt.

Gemeindewahlen in Belgien. In ganz Belgien fanden am Sonntag Gemeindewahlen statt, bei denen im Gegensatz zu den Wahlen für Kammer und Senat auch die Frauen Stimmrecht haben. Die Wahlen haben zu einem Wahlerfolg der Sozialistischen Partei geführt, die in etwa 20 Gemeinden sogar die absolute Mehrheit erreichten.

Kommunistische Demonstration in Mex. Laut „Humanité“ haben auch dem Militärdienst scheidende Reservisten auf einer Meher Kaserne die Sowjetfahne gehißt.

von Gronau auf dem Indischen Ozean niedergegangen

BRN. Manila, 10. Okt. (Tel.) Die hiesige Funkstation hat Signale des deutschen Fliegers v. Gronau aufgefunden, die besagen, daß er wegen eines Motordefektes gezwungen gewesen sei, auf dem Indischen Ozean westlich von Swettenham (Straits Settlements) niedergezogen. Nach einer späteren Meldung ist als Positionsangabe des Fliegers 14 Grad 20 Minuten nördlicher Breite und 97 Grad 10 Minuten östlicher Länge verstanden worden.

In einem weiteren Funkpruch teilt von Gronau mit, daß der Dampfer „Caragola“ ihm die gewünschte Hilfeleistung bringen werde. Voraussichtlich wird das Flugboot nach Merqui eingeschleppt werden. Es dürfte mit einer mehrstündigen Unterbrechung des Fluges für die Reparatur des defekten Motors gerechnet werden. Die Notlandung wurde durch Bruch der Wasserpumpe verursacht.

„Graf Zeppelin ist am Sonntag, 22.44 Uhr, in Friedrichshafen zu seiner achten Südamerikafahrt nach Pernambuco gestartet. Heute früh um 4.40 Uhr befand sich das Luftschiff über Balence-sur-Mhone. Zwölf Passagiere befinden sich an Bord, darunter Ministerialdirektor Dr. Brandenburg, Reichsbahngeneraldirektor Dr. Dormüller und Konteradmiral Zander.

Flugschiff „Do X“ traf am Samstagnachmittag in Frankfurt ein, wo es acht Tage auf dem Main zur Besichtigung bleiben wird.

Kleine Chronik

Im Walde bei Höfenkirchen in der Umgebung von München wurde die Leiche einer 42 Jahre alten Kaufmannsrau aufgefunden. Unter dem Verdacht, die Frau erschossen zu haben, wurde der 43jährige Inhaber eines Immobiliengeschäftes, Johann Tanner von München, verhaftet. Er hatte mitgeteilt, seine Freundin habe im Walde Selbstmord begangen.

Der bereits im Mauerwerk fertiggestellte 20 Meter hohe Turm der neuen evangelischen Pauluskirche in Wshaffenburg war am 6. d. M. eingestürzt. Wie die „Aich. Ztg.“ jetzt meldet, ist heute, Montag vormittag, bei den Aufräumungsarbeiten eine Stelle entdeckt worden, an der eine Sprengstoffladung angebracht war. Man fand ein Stück unbrauchter Zündschnur sowie Sprengtapseln.

In Lohrsdorf bei Bad Neuenahr kam es zwischen Mitgliedern der NSDAP und Bewohner des Dorfes zu einer schweren politischen Schlägerei, bei der ein 20jähriger Mann getötet, mehrere Personen verletzt wurden.

Aber dem Flugplatz Koblenz bei Düsseldorf stürzte ein Jungflieger bei einem Segelflug ab und erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Der 37 Jahre alte Bürgermeister in Schartann bei Auerbach (Vogtland), Hofmann, erschlug seine 35 Jahre alte Frau, seinen Sohn und seine kleine Tochter im Bett mit einem Weil. Hofmann ging dann in den nahen Wald und erhängte sich. In hinterlassenen Briefen hat Hofmann leblich angegeben, daß er seine Angehörigen deshalb getötet habe, um sie nicht allein in der Welt zurückzulassen.

Die spinale Kinderlähmungsepidemie in Polen breitet sich weiter aus.

In einem Bergwerk in Leigh (Lancashire) ist ein Förderkorb mit Insassen abgestürzt. Man befürchtet, daß 15 Personen getötet wurden.

Der Koreaner, der am 8. Januar in Tokio ein Bombenattentat auf den Kaiser von Japan verübt hatte, und zum Tode verurteilt worden war, ist jetzt hingerichtet worden.

Badischer Teil

Landtagsdirektor Hochschild

40 Jahre im Staatsdienst

Am 11. Oktober kann der Direktor des Badischen Landtags, Max Hochschild, auf eine 40jährige Dienstzeit beim badischen Staat zurückblicken.

Hochschild wurde am 16. Oktober 1874 in Raftatt geboren, besuchte das Realgymnasium in Karlsruhe und trat am 11. Oktober 1892 in den mittleren Verwaltungsdienst ein, wo er bis 1903 an verschiedenen Bezirksämtern Mittelbadens tätig war. Dazwischen war er eine Zeitlang im Innenministerium und bei der Gebäudeversicherungsanstalt beschäftigt. 1903 wurde er in das Archivarat der früheren Zweiten Kammer der badischen Landstände versetzt, wo er bis 1918 als Zweiter Beamter tätig war.

Nach der Zurücksetzung des damaligen Direktors Roth wurde Hochschild am 1. August 1919 zum Direktor des Badischen Landtags gewählt. Als solcher hat er sich seit dieser Zeit bei allen Parteien und Behörden, die mit dem Landtag zu tun haben, die größte Wertschätzung erworben und ist als tüchtiger und gewissenhafter Verwaltungsbeamter geschätzt.

40 Jahre Eisenbahn

Schramberg-Schiltach

Am 8. Oktober waren es 40 Jahre her, seit die Bahn Schramberg-Schiltach ihren Betrieb aufgenommen hatte. Zu dem ursprünglich bewilligten 800 000 RM. kam eine Nachforderung von 600 000 RM., in der Hauptsache verursacht durch den Tunnelbau im Kirchberg mit 271 Meter Länge. Mit der Bahn Schiltach-Schramberg können auch die Linien Nagold-Altensteig und Waldenburg-Künzelsau (Nagelkreis) auf ihr 40jähriges Bestehen zurückblicken. Das „Schwarzwälder Tagblatt“ in Schramberg erinnert bei dieser Gelegenheit an weitere 40jährige Jubiläen: Erbauung des Postgebäudes, Einführung des Telephons mit 8 Teilnehmern sowie an die ersten Anfänge der elektrischen Beleuchtung in der Stadt durch die Firma Junghans.

Aus den Parteien

Landesvorstand und Landesauschuss der Deutschen Nationalen Volkspartei tagten am Sonntag in Karlsruhe. Die alte Kandidatenliste wurde einstimmig auch für die nächste Reichstagswahl aufgestellt. Als Spitzenkandidat wird also wieder Landtagsdirektor Dr. Hanemann in den Wahlkampf gehen. Einstimmig wurde nach Vorträgen des Landtagsabgeordneten Dr. Pfeiffer und des Landesgeschäftsführers Herrgott eine Entschließung angenommen, in der die vom Reichsparteivorstand zu den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fragen aufgestellten Richtlinien gebilligt werden. Das Wirtschaftsprogramm der Regierung haben sie ein Rettungswort. Die politische Programm bedeute die Abkehr von einer zaghaften und dementsprechend eingeschlagenen Außenpolitik.

Warnung vor Betrügern

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

„In den letzten Tagen haben sich wieder anscheinend internationale Betrüger bemerkbar gemacht, die beim Einlauf von Kleinigkeiten durch den bekannten Geldwechselnd Geschäftslente schädigen. Sie operieren mit 100-M.-Scheinen, die sie in Zahlung geben und wollen nachher Silbergeld, wieder in Scheinen umgewechselt haben, hierbei vertuschen sie, die Geschäftslente zu betriegen und einen Teil des Geldes an sich zu bringen.“

Das Badische Landespolizeiamt warnt vor den Betrügern und bittet, bei Aufständen die Polizei zu verständigen.

Tagungen

Der Badische Verband für Frauenbefreiung hielt in Freiburg seine 8. Generalversammlung ab. Nach Begrüßungsworten der Vorsitzenden, Frau Nieger, sprach Frau Dr. Gertrud Bäumer über das Thema „Frauenschiedsamt in unserer Zeit“. Die Rednerin verbreitete sich eingehend über die Aufgaben der Frau in Familie, im Beruf und im Staatsleben und wandte sich insbesondere gegen die Behauptung, daß die Berufstätigkeit der Frau gerühdend auf das Familienleben wirke. Die Referate am Sonntag bewegten sich im wesentlichen im Sinne dieser Ausführungen.

Aus der Landeshauptstadt

Denkmalweihe des Telegraphenbataillons IV in Karlsruhe

Am Sonntagvormittag fand in Karlsruhe anlässlich der 25. Wiederkehr des Gründungstages des ehem. Telegraphenbataillons IV die Weihe und Entfaltung des Ehrenmals für die Gefallenen des L. B. IV. statt. Das Denkmal besteht aus einer etwa 3 Meter hohen Steinplatte und befindet sich an dem früheren Telegraphenbataillonskaserne in der Hardtstraße. Der Feier selbst, der zahlreiche Behördenvertreter von Reich, Staat und Stadt sowie Abordnungen befreundeter Verbände bewohnten, war der Wettergott nicht sonderlich günstig gesinnt; denn es regnete von Beginn an in Strömen, so daß die Feier, die auch vom Publikum stark besucht war, abgeürzt werden mußte.

Die kurzen Feiertreden gipfelten in der Mahnung zur Einigkeit des deutschen Volkes in der heutigen schweren Zeit und in der Aufforderung, die Hoffnung auf eine bessere Zeit nicht aufzugeben, damit das Opfer derer, die in der feldgrauen Uniform für ihr Vaterland den Heldentod starben, nicht umsonst gewesen sei.

Der Ehrenvorsitzende, Oberstleutnant a. D. Schuster, der ehemalige Kommandeur der Nachrichtenabteilung 14, vollzog nach kurzen Gedächtnisworten die Weihe und Entfaltung des Denkmals. Darauf folgten zahlreiche Kranzniederlegungen, womit die trotz der widrigen Wetterverhältnisse feierliche Handlung, die von Musikdarbietungen des Trompeterkorps der Nachrichtenabteilung, Kanonstahl und von Gesangsvorträgen der Gesangsabteilung des Vereins ehm. Angehöriger der Nachrichtenabteilung Karlsruhe umrahmt war, ihr Ende gefunden hatte.

Die Wiederkehrsfeste wurde am Samstag mit einer Vereintagung der Landesgruppe Süddeutschland eröffnet, der sich am Abend eine Begrüßungsfeier anschloß. Der Sonntagvormittag vereinigte die Teilnehmer in der Festhalle zu einem kameradschaftlichen Treffen, in dem besonders der gemütliche Teil zur Geltung kam.

Die Karlsruher Stadtratswahl am 1. November beendigt. Die an der Peripherie Karlsruhes errichteten 100 Siedlungshäuser werden bis zum 1. November bezugsfertig sein. Bis jetzt wohnen bereits 15 Familien in der Stadtratswahl. Daß vorläufig nicht mehr als 100 Siedlungshäuser erstellt werden konnten, trotz der großen Nachfrage, ist darauf zurückzuführen, daß nur für diese 100 Siedlungshäuser Reichsmittel zur Verfügung standen.

Drucksachen-Bestimmungen. Vom Reichspostministerium ist das Post-Drucksachen-Bestimmungen für den Inlandverkehr neu herausgegeben worden, das an Hand von Beispielen in klarer, übersichtlicher Form über alle Fragen des Drucksachenverkehrs, insbesondere auch über zulässige handschriftliche Zusätze zu den Drucksachen erschöpfende Auskunft gibt. In das Post sind außerdem die Bestimmungen für Postwurfsendungen aufgenommen worden. Das Post, das an den Postämtern für 10 Pf. erhältlich ist, bietet allen Drucksachensendern ein wertvolles Hilfsmittel zur Unterrichtung darüber, was als Drucksache und Wurfendung mit der Post verschickt werden kann.

Winterarten für den Stadtpark. Versuchsweise werden zum Besuche des Stadtparks in den Monaten Oktober bis mit März Dauerarten, sogenannte „Winterarten“, zum Preise von 2 RM. eingeführt. Für die Sommerzeit können nach wie vor nur Jahrestarten gelöst werden.

Statistik der Fahrraddiebstähle. Nach einer Statistik beträgt die Zahl der binnen 8 Monaten im Stadtbereich von Karlsruhe gestohlenen Fahrräder insgesamt etwa 2500. Die Durchschnittszahl der gestohlenen Fahrräder beträgt 330 im Monat. Karlsruhe steht jedoch ziffernmäßig in bezug auf Fahrradentwendungen noch erheblich hinter Mannheim zurück, wo nach zuverlässigen Angaben etwa 600 Fahrräder im Monat gestohlen werden.

Badisches Landestheater. Der Volksbühnen-Vorstellung von Schillers „Mäurer“ am Montag, 10. Okt., schließen sich für die folgenden Tage Wiederholungen an des Balletabends mit der Langspannromane „Schere und Nadel“ am Dienstag, 11. Okt.; des Schauspielers „Der 18. Oktober“ von W. Erich Schöber am Mittwoch, dem 12.; der Schmilser-Einakter „Große Szene“ und „Der grüne Kaktus“ am Donnerstag, dem 13.; der Komödie „Schneider Bibber“ von Müller-Schlösser am Freitag, dem 14. und der „Reiseprüfung“ von Max Dreyer am Samstag, dem 15. Oktober. — Die für diese Woche vorgesehene Uraufführung des Dramas „In jenseit der Erde“ des jungen badischen Dichters Friedrich Roth mußte — da die Vorproben für dieses Werk infolge anhaltender Erkrankungen im Darstellerpersonal leider unterbrochen wurde — verschoben werden und wird nunmehr am Samstag, dem 29. Oktober, stattfinden. — Am Sonntag, dem 16. Oktober, erfolgt die mit größter Spannung erwartete Uraufführung der Oper „Die ägyptische Helena“ von Richard Strauß, deren Textdichtung von Hugo von Hoffmannsthal stammt. Am Vormittag desselben Tages findet eine Morgenfeier zum Thema: „Richard Strauß“ mit orchestralen und gesanglichen Programmen unter Leitung von Joseph Katt, bei der Intendant Dr. Carl Hagemann, unsern Theaterfreunden gewiß ein dankbar begrüßter Gast, eine Ansprache halten wird. Die Platzpreise betragen, wie bei den vorjährigen Morgenveranstaltungen gleicher Art, nur 50 Pf. bis 1 RM. — Der Winterpielplan des Städtischen Konzerthauses wird an diesem Sonntag (16. Oktober) mit der Uraufführung des musikalischen Lustspiels „Liebling adieu“ von Max Bertuch und Richard Sachs, Musik von Willh. Hofen eröffnet, wobei das erprobte Spezialensemble unserer Landesbühne seine bereits Tradition genossene Befähigung für das Singpiel und dem Operettencharakter aufs neue zu bewähren haben wird.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Montagmorgen: Eine bei England gelegene Zyklone hat uns nach föhniger Erwärmung am Sonntag Verschlechterung des Wetters gebracht. Sie hat sich inzwischen verflacht, beherrscht aber noch immer die Bitterung in weitem Umkreise. Voraussage: Unbeständig, zeitweise noch Regenschauer und kühl bei weichen Winden.

Wasserstände: Waldshut 230 plus 5, Basel 23 minus 8, Rehl 227 minus 10, Maxau 383 plus 2, Mannheim 240 minus 2, Gaub 153 plus 1.

Kurze Nachrichten aus Baden

250 Jahre Friedrichsfeld

Das 250jährige Bestehen der Gemeinde Friedrichsfeld bei Mannheim wurde am Sonntag mit einer einfachen kirchlichen Feier begangen, die ihre besondere Bedeutung durch die Anwesenheit des Kirchenpräsidenten D. Warth erhielt. In seiner Festpredigt wies Pfarrer Schönbühl darauf hin, daß die Vorväter der heutigen Friedrichsfelder um ihres Glaubens willen die Heimat verlassen mußten und hier eine neue Heimat gefunden haben. Auch der Kirchenpräsident sprach über die Bedeutung des Tages und überbrachte die besonderen Grüße und Glückwünsche der Kirchenregierung. Mit der Feier war auch der 6. kirchliche Heimattag verbunden, aus welchem Anlaß die Gemeindeglieder, die vor 25 bzw. 50 Jahren in Friedrichsfeld getauft oder konfirmiert wurden, eine besondere Ehrung erfuhren. Am Nachmittag fand ein gemütliches Beisammensein im Gemeindegarten statt, abends wurde im „Bad. Hof“ ein öffentlicher Festabend veranstaltet, in dessen Mittelpunkt die Aufführung des historischen Spiels „Die Hugenotten“ stand.

Die Einweihung des Schliffkopf-Gedächtnishauses

Der tatkräftige Sportmilitär Schwäbischer Schläger hat in dem Bergbau auf der Höhe des Schliffkopfes den toten Kameraden des Weltkrieges ein würdiges Denkmal gesetzt. Die Weihe des Hauses bildete einen verheißungsvollen Auftakt zu dem Jubiläumstag der schwäbischen Schneeläufer. Trotz des schlechten Wetters waren wohl über 1000 Schläger und zahllose Ehrengäste aus dem Schwarzwald und Baden hinaufgewandert, um der Weihe des Hauses und der Totenerhebung beizuwohnen. Die Teilnahme eines Vertreters der württembergischen Regierung und einer Abordnung der Traditions-Kompagnie der einstigen Schneeschuhtruppe gab der Feier ein besonderes Gepräge.

Mit einem Bedruf der Spielleute der Traditions-Kompagnie begann Punkt 12 Uhr die Feier. Eine Totenerhebung in gebührender Form durch Bundesvater Dinkelader, Stuttgart, mit dem sinnigen Ausklang „Wir haben Euch Geld in Euerm Geiste gelehrt, wenn wir dem Nachwuchs dieses Haus befehrt“ leitete über zur eigentlichen Hausweihe. Der Erbauer des Hauses, Regierungsbaumeister Dr.-Ing. Eduard Krüger, übergab dem Bundesvater Dinkelader die Schlüssel zum Hause. Der Vertreter der württembergischen Regierung, Wirtschaftsminister Dr. Maier, gedachte der Toten des Krieges. Kein Platz der schwäbischen Heimat wäre besser geeignet als Ort des Gedächtnisses als die Schwarzwaldhöhe im Westen, in der Nähe des deutschen Rheins. Am Schluß war dem Gedächtnis der toten Kameraden eine Minute andächtigen Schweigens gewidmet. Mit dem Papstentwurf durch Reichswehrpionier der Traditions-Kompagnie des Württemb. Gebirgsregiments und dem gemeinsamen Gesang des Liedes vom Guten Kameraden, fand die erhebende Feier ihren Ausklang.

16. Mannheim, 9. Okt. Die Arbeitnehmerorganisationen im Gattungsberuf haben den Landesamtsrat auf Ende dieses Jahres gefordert. Sollte ein längerer Zwischenraum bis zum Abschluß eines neuen Vertrages entstehen, so würde für diesen Zeitraum das reine Einkommenssystem Platz greifen, was im Interesse des Publikums nicht zu wünschen wäre. Es ist aber zu erwarten, daß beide Parteien rechtzeitig zu einer Einigung kommen.

Dr. Heibelberg, 8. Okt. 80 Jahre alt, ist hier der frühere langjährige Bütovorsther des Stadttheaters, Anton Tourre, gestorben. Er verkörperte ein Stück deutscher Theatergeschichte in sich. Aus Wien war er einst vor 40 Jahren hierher gekommen.

16. Freiburg i. Br., 9. Okt. Die fünfte Süddeutsche Gastwirtsmeße schloß am Sonntagabend ihre Pforten, nachdem sie am letzten Tage nochmals einen Rekord von rund 8000 Besuchern aufweisen konnte. Damit wurde die Messe während ihrer neuntägigen Dauer von insgesamt 36 800 zahlenden Besuchern aufgesucht. Auch das geschäftliche Ergebnis ist ein überaus günstiges.

16. Engen, 10. Okt. Das Schöffengericht beurteilte den Sägewerkbesitzer Otto Billinger aus dem nahen Mühlhausen zu einer Gefängnisstrafe von 10 Monaten wegen fortgesetzten Betrugs. Billinger kam vergangenes Jahr in Konkurs, wobei eine ungewöhnlich große Schuldenlast sich herausstellte. Eine Anzahl Schweizer Banken sind sehr stark engagiert. Der Staatsanwalt bezeichnete die Handlungsweise des Angeklagten als eine struppellose Schädigung der Gläubiger. Auch der Büroangestellte Frei wurde wegen Beihilfe mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat bedacht.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	10. Oktober		8. Oktober	
	Geld	Werte	Geld	Werte
Amsterdam 100 G.	169.78	170.22	169.63	169.97
Kopenhagen 100 Kr.	75.32	75.48	75.32	75.48
Italien . . . 100 L.	21.57	21.61	21.57	21.61
London . . . 1 Pf.	14.53	14.57	14.525	14.565
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.55	16.59	16.53	16.57
Schweiz . . . 100 Fr.	81.42	81.58	81.32	81.48
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Wag. 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. Oktober 1932 hat sich in der verfloßenen Bankwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 136,2 Millionen auf 3618,3 Millionen Reichsmark, derjenige an Rentenbankfingern um 12,1 Millionen auf 399,7 Millionen Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und defungsfähigen Devisen haben sich um 1,9 Millionen auf 931,2 Millionen Reichsmark erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 29 000 auf 796,4 Millionen Reichsmark und die Bestände an Gold und defungsfähigen Devisen um 1,9 Millionen auf 134,8 Millionen Reichsmark zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und defungsfähige Devisen betrug am 7. Oktober 25,7 Prozent gegen 24,7 Prozent am 31. September dieses Jahres.

Die Großhandelsindexziffer hat sich mit 94,8 gegenüber 94,9 in der Vorwoche nur wenig verändert.

Preiserhöhung der Autotreibstoffe. Für alle Autotreibstoffe tritt ab 11. Oktober eine Preiserhöhung um zwei Reichspfennig je Liter für das ganze Reichsgebiet in Kraft. Künftig werden z. B. in Berlin die Literpreise für Benzin 35 Pf., für Gemische 39 Pf. und für Benzol 46 Pf. betragen. Für Hamburg lauten die entsprechenden Preise 34, 38 und 45 Pf., für Breslau und München 38, 42 und 48 Pf. und für Köln 37, 41 und 47 Pf.

Heidelberg: städtische Schuldverschreibungen. Von Mitte nächster Woche, d. i. vom 14. d. M. an, wird die Stadt Heidelberg die Mittel bereitstellen zur Einlösung der Hälfte der am 1. September und 1. Oktober d. J. fällig gewordenen Zinscheine aus städtischen Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen. Die Einlösung der zweiten Hälfte der betreffenden Zinscheine soll nach Maßgabe der verfügbaren Kassenbestände tunlichst bis Mitte November d. J. bewirkt werden.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Auf Grund des Landeskirchensteuergesetzes vom 30. Juni 1922 hat die Katholische Kirchensteuervertretung in ihrer Tagung vom 18. Mai 1932 beschlossen, zur Bekämpfung der allgemeinen kirchlichen Bedürfnisse im badischen Teil der Erzdiözese Freiburg neben dem für das Rechnungsjahr 1932 mit Staatsministerialentschließung vom 18. Mai 1931 Nr. 5312 genehmigten Kirchensteuerzuschlag von 10 v. H. der maßgebenden Ursteuern auf Grund des Gesetzes vom 18. März 1932 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 71) im Kirchensteuerjahr 1932 ein Kirchgeld in folgender Staffelung zu erheben:

1. Die Kurkirchgebührenpflichtigen zahlen jährlich 3 RM.
2. Die Kirchensteuerpflichtigen zahlen:
 - a) bei einer Einkommensteuer (Ursteuer) bis zu 150 RM. jährlich 3 "
 - b) bei einer Einkommensteuer (Ursteuer) bis 600 RM. jährlich 4 "
 - c) bei einer Einkommensteuer (Ursteuer) über 600 RM. jährlich 6 "

Dieser Beschluß ist durch Staatsministerialentschließung vom 4. Juni 1932 Nr. 6894 staatlich genehmigt worden.

Karlsruhe, den 30. September 1932.
Der Minister des Kultus und Unterrichts:
J. B. Dr. Lehmann.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern:

Ernannt:

Zu Landesökonomieräten die Landwirtschaftsassenoren Josef Schell in Salem und Rudolf Württemberg in Eitenheim, Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:

Rechnungsrat Otto Weber an der Universität Freiburg zum Oberrechnungsrat daselbst.

Planmäßig angestellt:

Fachlehrer Adolf Urschler an der Goldschmiedeschule in Bforzheim; der außerplanmäßige Museumsaufseher Ludwig Ströb an Bad. Landesmuseum in Karlsruhe zum planmäßigen Museumsaufseher.

Auf Ansuchen aus dem badischen Staatsdienst entlassen: Den planmäßigen außerordentlichen Professor der Anatomie Dr. Hans Böler an der Universität Freiburg.

Auf Ansuchen in den einstweiligen Ruhestand versetzt: Oberlehrer Joseph Rothmel in Rühlshausen; Hauptlehrer Friedrich Ehrmann in Mannheim.

Gestorben:

Der ordentliche Professor der Astronomie an der Universität Heidelberg, Geh. Rat Dr. Max Wolf, Direktor der Landessternwarte auf dem Königstuhl bei Heidelberg.

Zentralhandelsregister für Baden

Bretten. C.470
Handelsregister eintrag A
Vd. I O.-Z. 88, betr. die
Firma **Alexander Fuch-
heimer**, Münzesheim:
Alexander Fuchheimer,
Kaufmann in Münzes-
heim, ist am 29. Oktober
1931 gestorben. Das Ge-
schäft ist auf dessen Sohn
Gally Friedrich Fuch-
heimer, Kaufmann in
Münzesheim, übergegan-
gen, welcher dasselbe un-
verändert weiterführt.
Bretten, 19. Aug. 1932.
Amtsgericht.

Bruchsal. C.199
Handelsregister eintrag B
Vd. I O.-Z. 58: **Baugesell-
schaft Langenbrücken** m. b. H.
in Langenbrücken. Die
Liquidation und die Ver-
tretungsbefugnis des Li-
quidators Stein hier ist er-
loschen.
Bruchsal, 3. Okt. 1932.
Amtsgericht I.

Bühl, Baden. C.482
Handelsregister eintrag.
**Mittelbadische Ober-
sandgesellschaft** G. m. b. H.
in Bühl: Die Vertretungs-
befugnis der Liquidatoren
ist beendet. Die Firma ist
erloschen.
Bühl, 8. Sept. 1932.
Bad. Amtsgericht.

Durlach. C.464
Handelsregister A.
Eingetragen am 2. Sep-
tember 1932 zur Firma
**Gustav Doll, Wilhelm
Pohle's Nachfolger** in Dur-
lach: Die jetzige Firmen-
inhaberin ist gestorben.
Ihr Sohn und Erbe
Emil Adolf Doll, Kauf-
mann in Durlach, führt
die Firma weiter. Sie ist
geändert in Emil Doll.
Amtsgericht Durlach.

Durlach. C.483
Handelsregister B. Ein-
getragen am 7. Septem-
ber 1932 zu Firma **Karl
Spilger & Co.**, G. m. b. H.
in Durlach: Die Liquidation
und die Vertretungs-
befugnis des Liquidators
Karl Spilger sind beendet.
Die Firma ist erloschen.
Amtsgericht Durlach.

Emmendingen. C.465
Handelsregister A Vd. I
O.-Z. Seite 201: Firma
Johann Bied, Emmendingen:
Alois Bied, Inhaber
ist Gustav Bied, Schuh-
machermeister in Emmen-
dingen. Der Erwerb hat
die im Betrieb des Ge-
schäfts begründeten For-
derungen und Verbindlich-
keiten übernommen. Der
Gustav Bied Ehefrau Ida
geb. Gähler in Emmen-
dingen ist Procura erteilt.
Emmendingen, 1. Sep-
tember 1932.
Amtsgericht II.

Emmendingen. C.485
Handelsregister B I
O.-Z. 44, S. 339: **Frako,
Kondensatoren- und Appa-
ratebau**, Gesellschaft mit
beschränkter Haftung mit
dem Sitz in Teiningen.
Der Gesellschaftsvertrag
ist am 9. Juni 1932 fest-
gestellt. Gegenstand des
Unternehmens ist die Fab-
rikation und Verkauf von
elektrischen Kondensatoren
und ähnlichen Apparaten,
sowie Beteiligung an glei-
chen und verwandten Un-
ternehmungen oder Grün-
dungen derselben. Das
Stammkapital beträgt
100 000 RM. Die Gesell-
schaft hat einen oder meh-
rere Geschäftsführer. Hat
sie mehrere Geschäftsführer,
so wird die Gesellschaft
durch mindestens zwei
Geschäftsführer oder
durch einen Geschäftsführer
und einen Prokuristen ver-
treten. Geschäftsführer ist
Direktor Kaufmann Willy
Welle in Freiburg i. Br.
Procura wurde erteilt dem
Kaufmann Karl Breßler
in Bad Homburg. Be-
kannmachungen der Ge-

ellschaft erfolgen nur im
Deutschen Reichsanzeiger.
Emmendingen, 1. Sep-
tember 1932.
Amtsgericht II.

Heidelberg. C.466
Handelsregister Vd. A
Vd. IV O.-Z. 41 zur Fir-
ma **Johann Martin** in
Heidelberg: Inhaber ist
Johann Martin
Witwe Kartha geb. De-
batin in Heidelberg, 31. 8.
1932.

Vd. I O.-Z. 395 zur
Firma **A. Mannschott Sohn**
in Schönau: Inhaber ist
jetzt **Wiedemann** in Schönau.
Vd. B Vd. IV O.-Z. 5
zur Firma **Heidelberger
Holzindustrie-Aktiengesell-
schaft** in Heidelberg: Die
Generalversammlung vom
2. August 1932 hat die in-
folge der Verordnung des
Reichspräsidenten vom 19.
September 1931 außer
Kraft gesetzten Bestim-
mungen des Gesellschafts-
vertrags in §§ 10 und 11
wieder hergestellt.
Heidelberg, 2. Sept. 1932.
Amtsgericht.

Heidelberg. C.486
Handelsregister Vd. A
Vd. III O.-Z. 138: Die
Firma **J. Peter Rumpf** in
Heidelberg ist erloschen.

Vd. VI O.-Z. 280: Die
Firma **Schubhaus Max
Grünberg** in Heidelberg
ist erloschen.
Vd. II O.-Z. 273 zur
Firma **A. Loewenthal** in
Heidelberg: Die Firma
lautet jetzt: „A. Loewen-
thal Nachf.“ Kommandit-
gesellschaft. Beginn der
Gesellschaft: 7. September
1932. Persönlich haftender
Gesellschafter ist Hans
Günzburger, Kaufmann in
Heidelberg. Es sind zwei
Kommanditisten vorhan-
den. Der Übergang der im
Betrieb des Geschäfts be-
gründeten Forderungen und
Verbindlichkeiten bei
dem Erwerb des Geschäfts
durch die Kommanditge-
sellschaft ist ausgeschlossen.
Margrit Günzburger in
Pforzheim ist Einzelpro-
kuristin.
Heidelberg, 8. Septem-
ber 1932.
Amtsgericht.

Leinach. C.467
Handelsregister einträge.
Vom 31. August 1932:
**Julius Lumbach & Cie.,
Kommanditgesellschaft**,
Kandern: Die Gesellschaft
ist aufgelöst. Die bisherige
Gesellschafterin Frau Ju-
lius Lumbach Witwe in
Kandern ist Liquidatorin.
Vom 31. August 1932:
**Badischer Reklame-Ver-
lag Inh. A. Benz & K.
Rees**, Lörrach: Offene
Handelsgesellschaft. Die
persönlich haftenden Ge-
sellschafter sind der Be-
reitschreiber Albert Benz
und der Kaufmann Karl
Rees, beide in Brombach,
die nur gemeinschaftlich
zur Vertretung der Gesell-
schaft befugt sind. Die Ge-
sellschaft hat am 21. Juli
1932 begonnen.

Vom 1. September 1932:
**Spinnerei Saagen und
Mitteln, Aktiengesellschaft**,
Saagen: Guido Wolff ist
nicht mehr Vorstandsmit-
glied. Zu Vorstandsmit-
gliedern sind bestellt: Kauf-
mann Rudolf Kirchheim
und Diplomingenieur Wal-
ter Zehle, beide in Lörrach.
Zur Vertretung der
Gesellschaft bedarf es der
Mitwirkung zweier Vor-
standsmitglieder oder eines
Vorstandsmitglieds und
eines Prokuristen.
Bad. Amtsgericht Lörrach.

Mannheim. C.468
Handelsregister einträge:
a) vom 2. September 1932.
**Schweizer Schlepplift-
fabrikgenossenschaft**, Ge-

sellchaft mit beschränkter
Haftung, Mannheim:
Durch Gesellschaftsbeschluss
vom 12. August 1932 wurde
der Sitz der Gesellschaft
nach Ludwigs-afen a. Rh.
verlegt und der Gesell-
schaftsvertrag in § 2 mit
einem entsprechenden Zu-
satz versehen.
b) vom 3. September 1932.
**Josef Hoffmann & Söhne,
Aktiengesellschaft**, Zweig-
niederlassung Mannheim
in Mannheim, als Zweig-
niederlassung der Firma
Josef Hoffmann & Söhne,
Aktiengesellschaft, Ludwigs-
afen a. Rh.: Die Gene-
ralversammlung vom 23.
Juli 1932 hat beschlossen,
das Grundkapital in er-
leichterter Form um
160 000 RM. durch Ein-
ziehung eigener Aktien und
um 225 000 RM. durch
Zusammenlegung der Ak-
tien im Verhältnis 2:1
auf den Betrag von
225 000 RM. herabzusetzen.
Die Herabsetzung ist
erfolgt. Das Grundkapital
beträgt jetzt 225 000 RM.
Durch Beschluss der Gene-
ralversammlung vom 23.
Juli 1932 sind die durch
die Aktienrechtsnovelle vom
19. September 1931 außer
Kraft getretenen, den Auf-
sichtsrat betreffenden Be-
stimmungen des Gesell-
schaftsvertrags, nämlich die
§§ 10, 15 und 21 e, in der
jetzigen Fassung wieder
in den Gesellschaftsvertrag
eingefügt; § 4 Absatz 1
Satz 1 (Grundkapital, Ak-
tienerteilung) ist geändert
und in § 12 Absatz 1 (Ver-
fassung des Aufsichtsrats)
der zweite Satz gestrichen.
Als nicht eingetragen wird
veröffentlicht: Das Grund-
kapital ist eingeteilt in
11 000 auf den Inhaber
lautende Stammaktien von
je 20 RM. und 750 auf
den Namen lautende Vor-
zugsaktien von je 4 RM.

Philippshurg. C.200
Handelsregister A.
O.-Z. 143: Firma **Wiss
Holl, Möbelfabrik** in Wis-
sental. Inhaber: Wiss
Holl, Kaufmann in Wis-
sental.
Philippshurg, den 4. Ok-
tober 1932.
Bad. Amtsgericht.

Philippshurg. C.200
Handelsregister A.
O.-Z. 143: Firma **Wiss
Holl, Möbelfabrik** in Wis-
sental. Inhaber: Wiss
Holl, Kaufmann in Wis-
sental.
Philippshurg, den 4. Ok-
tober 1932.
Bad. Amtsgericht.

Philippshurg. C.200
Handelsregister A.
O.-Z. 143: Firma **Wiss
Holl, Möbelfabrik** in Wis-
sental. Inhaber: Wiss
Holl, Kaufmann in Wis-
sental.
Philippshurg, den 4. Ok-
tober 1932.
Bad. Amtsgericht.

Philippshurg. C.200
Handelsregister A.
O.-Z. 143: Firma **Wiss
Holl, Möbelfabrik** in Wis-
sental. Inhaber: Wiss
Holl, Kaufmann in Wis-
sental.
Philippshurg, den 4. Ok-
tober 1932.
Bad. Amtsgericht.

Philippshurg. C.200
Handelsregister A.
O.-Z. 143: Firma **Wiss
Holl, Möbelfabrik** in Wis-
sental. Inhaber: Wiss
Holl, Kaufmann in Wis-
sental.
Philippshurg, den 4. Ok-
tober 1932.
Bad. Amtsgericht.

Philippshurg. C.200
Handelsregister A.
O.-Z. 143: Firma **Wiss
Holl, Möbelfabrik** in Wis-
sental. Inhaber: Wiss
Holl, Kaufmann in Wis-
sental.
Philippshurg, den 4. Ok-
tober 1932.
Bad. Amtsgericht.

Philippshurg. C.200
Handelsregister A.
O.-Z. 143: Firma **Wiss
Holl, Möbelfabrik** in Wis-
sental. Inhaber: Wiss
Holl, Kaufmann in Wis-
sental.
Philippshurg, den 4. Ok-
tober 1932.
Bad. Amtsgericht.

Philippshurg. C.200
Handelsregister A.
O.-Z. 143: Firma **Wiss
Holl, Möbelfabrik** in Wis-
sental. Inhaber: Wiss
Holl, Kaufmann in Wis-
sental.
Philippshurg, den 4. Ok-
tober 1932.
Bad. Amtsgericht.

Willingen, Baden. C.480
Handelsregister eintrag.
A Vd. I O.-Z. 89: **Fer-
dinand Rothweiler** in Wil-
lingen: Die Firma ist er-
loschen.
Willingen, 5. Sept. 1932.
Bad. Amtsgericht I.

Waldkirch, Br. C.481
Handelsregister A Vd. I
O.-Z. 159: Firma **Wilhelm
Bruder Söhne** in Wald-
kirch: Der Gesellschafter
Franz Wilhelm Bruder,
genannt Franz Bruder II,
Orgelfabrikant in Wald-
kirch, ist durch Tod aus
der Gesellschaft ausgeschie-
den. Emil Bruder, Orgel-
bauer in Waldkirch i. Br.,
ist als persönlich haftender
Gesellschafter in die Ge-
sellschaft eingetreten. Die
Prokura des Emil Bruder
ist erloschen.
Waldkirch i. Br., 6. Sep-
tember 1932.
Bad. Amtsgericht.

Waldkirch, Br. C.481
Handelsregister A Vd. I
O.-Z. 159: Firma **Wilhelm
Bruder Söhne** in Wald-
kirch: Der Gesellschafter
Franz Wilhelm Bruder,
genannt Franz Bruder II,
Orgelfabrikant in Wald-
kirch, ist durch Tod aus
der Gesellschaft ausgeschie-
den. Emil Bruder, Orgel-
bauer in Waldkirch i. Br.,
ist als persönlich haftender
Gesellschafter in die Ge-
sellschaft eingetreten. Die
Prokura des Emil Bruder
ist erloschen.
Waldkirch i. Br., 6. Sep-
tember 1932.
Bad. Amtsgericht.

Waldkirch, Br. C.481
Handelsregister A Vd. I
O.-Z. 159: Firma **Wilhelm
Bruder Söhne** in Wald-
kirch: Der Gesellschafter
Franz Wilhelm Bruder,
genannt Franz Bruder II,
Orgelfabrikant in Wald-
kirch, ist durch Tod aus
der Gesellschaft ausgeschie-
den. Emil Bruder, Orgel-
bauer in Waldkirch i. Br.,
ist als persönlich haftender
Gesellschafter in die Ge-
sellschaft eingetreten. Die
Prokura des Emil Bruder
ist erloschen.
Waldkirch i. Br., 6. Sep-
tember 1932.
Bad. Amtsgericht.

Waldkirch, Br. C.481
Handelsregister A Vd. I
O.-Z. 159: Firma **Wilhelm
Bruder Söhne** in Wald-
kirch: Der Gesellschafter
Franz Wilhelm Bruder,
genannt Franz Bruder II,
Orgelfabrikant in Wald-
kirch, ist durch Tod aus
der Gesellschaft ausgeschie-
den. Emil Bruder, Orgel-
bauer in Waldkirch i. Br.,
ist als persönlich haftender
Gesellschafter in die Ge-
sellschaft eingetreten. Die
Prokura des Emil Bruder
ist erloschen.
Waldkirch i. Br., 6. Sep-
tember 1932.
Bad. Amtsgericht.

Waldkirch, Br. C.481
Handelsregister A Vd. I
O.-Z. 159: Firma **Wilhelm
Bruder Söhne** in Wald-
kirch: Der Gesellschafter
Franz Wilhelm Bruder,
genannt Franz Bruder II,
Orgelfabrikant in Wald-
kirch, ist durch Tod aus
der Gesellschaft ausgeschie-
den. Emil Bruder, Orgel-
bauer in Waldkirch i. Br.,
ist als persönlich haftender
Gesellschafter in die Ge-
sellschaft eingetreten. Die
Prokura des Emil Bruder
ist erloschen.
Waldkirch i. Br., 6. Sep-
tember 1932.
Bad. Amtsgericht.

Waldkirch, Br. C.481
Handelsregister A Vd. I
O.-Z. 159: Firma **Wilhelm
Bruder Söhne** in Wald-
kirch: Der Gesellschafter
Franz Wilhelm Bruder,
genannt Franz Bruder II,
Orgelfabrikant in Wald-
kirch, ist durch Tod aus
der Gesellschaft ausgeschie-
den. Emil Bruder, Orgel-
bauer in Waldkirch i. Br.,
ist als persönlich haftender
Gesellschafter in die Ge-
sellschaft eingetreten. Die
Prokura des Emil Bruder
ist erloschen.
Waldkirch i. Br., 6. Sep-
tember 1932.
Bad. Amtsgericht.

Waldkirch, Br. C.481
Handelsregister A Vd. I
O.-Z. 159: Firma **Wilhelm
Bruder Söhne** in Wald-
kirch: Der Gesellschafter
Franz Wilhelm Bruder,
genannt Franz Bruder II,
Orgelfabrikant in Wald-
kirch, ist durch Tod aus
der Gesellschaft ausgeschie-
den. Emil Bruder, Orgel-
bauer in Waldkirch i. Br.,
ist als persönlich haftender
Gesellschafter in die Ge-
sellschaft eingetreten. Die
Prokura des Emil Bruder
ist erloschen.
Waldkirch i. Br., 6. Sep-
tember 1932.
Bad. Amtsgericht.

Waldkirch, Br. C.481
Handelsregister A Vd. I
O.-Z. 159: Firma **Wilhelm
Bruder Söhne** in Wald-
kirch: Der Gesellschafter
Franz Wilhelm Bruder,
genannt Franz Bruder II,
Orgelfabrikant in Wald-
kirch, ist durch Tod aus
der Gesellschaft ausgeschie-
den. Emil Bruder, Orgel-
bauer in Waldkirch i. Br.,
ist als persönlich haftender
Gesellschafter in die Ge-
sellschaft eingetreten. Die
Prokura des Emil Bruder
ist erloschen.
Waldkirch i. Br., 6. Sep-
tember 1932.
Bad. Amtsgericht.

Strassenbauarbeiten

Das Wasser- und Stra-
ßenbauamt Waldkirch ver-
gibt nach den allgemeinen
Bestimmungen für die Ver-
gebung von Bauleistungen
(V.D.B. Din 1960) im öf-
fentlichen Wettbewerb die
Arbeiten und Lieferungen
zur Verlegung der Land-
straße Nr. 48 in Laufen-
burg (Baden) von km
38,442 bis 39,378 (Orts-
mitte Laufenburg - Güter-
bahnhof). 1. **Strassenher-
stellung:** Erdbewegung
17 600 cbm, Planierarbei-
ten 8000 qm, Fahrbahnbe-
festigung und Oberflächen-
teuerung 4000 qm, 2. **Stüt-
zmauern und Brückenher-
stellung:** Stempelbeton 900
cbm, Gewölbebeton 190
cbm, Eisenbeton 190 cbm,
3. **Entwässerung, Gehweg
und Rinnenherstellung:**
Zementtrochse 90 lfdm,
Kand- und Stellsteine 600
lfdm, Gehwegherstellung
1100 qm, Rinnenpflaster
250 qm, 4. **Sonstiges:** Ge-
ländeherstellung 500 lfdm,
Befestigung 100 lfdm. An-
gebotsunterlagen können
von obengenanntem Bau-
amt gegen Voreinsendung
von 3 RM. bezogen wer-
den, bei welchem auch wäh-
rend der Geschäftsstunden
die Planunterlagen und die
Bedingungen zur Einsicht
aufliegen. Angebote sind
spätestens bis Samstag,
den 29. Oktober 1932, vorm.
11 Uhr, verschlossen und
mit der Aufschrift „Land-
straßenverlegung Laufen-
burg“ beim Wasser- und
Straßenbauamt Waldkirch
einreichend.
Wasser- und Straßenbau-
amt Waldkirch.

Philippshurg. C.208
Güterrechtsregister ein-
trag Band I Seite 217:
Reiff Josef und Emma
geb. Dorfer, beide in Rhein-
hausen. Durch Vertrag
vom 24. Juni 1932 ist
Gütertrennung gemäß
§§ 1426 ff. BGB. verein-
bart.
Philippshurg, den 4. Ok-
tober 1932.
Bad. Amtsgericht.



Badisches Landestheater

Dienstag, 11. Oktober 1932
*C. 3. Th.-Gem., II. G.-Gr.

Ballet - Abend

**Scheherazade und Tänze
in bunter Folge**
Regie: Dvorak
Dirigent: Ebbede
Scheherazade
Langspannende
von Rimsky-Korsakoff
Mitwirkende:
Dahlinger, Dingler, Fischer,
Hoffmann, Kah, Kublmann,
Schulze, Silberborn, Wi-
mann, Dvorak, Gopsch,
1. Polka - 2. Kleiner Walzer
- 3. Arabeske - 4.
Polkammänchen - 5.
Deutsche Tänze - 6. Schar-
- 7. Polowesker Tänze aus
„Fürst Igor“
Mitwirkende:
Das Ballett, die Kinder-
ballettschule

Anfang 20 Ende 22
Breite C (0,80-4,50 RM)
Mi. 12. 10. Der 13. Oktober.
Do. 13. 10. Große Szenen-
herauf: Der grüne Kaladur.
Fr. 14. 10. Schneider-Wibel-
Ca. 15. 10. Reifprüfung.
So. 16. 10. Rotgenfeier
„Richard Strauß“. Abends:
Zum erstenmal: Die neup-
tische Helena. Im Kon-
zertsaal: Zum erstenmal:
Wieling adieu.